

Sitzung des Ausschusses für Integration, Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit der Bremischen Bürgerschaft  
am 13. März 2012

## TOP 3: **Ergebnisse des Europäischen Rates am 1. und 2. März 2012**

### **Bericht**

#### **I. Zusammenfassung**

Anders als auf den letzten Europäischen Räten (ER) standen auf dem Märztreffen keine Sofortmaßnahmen zur Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise im Vordergrund. Der Schwerpunkt der Beratungen der Staats- und Regierungschefs lag vielmehr auf Maßnahmen zur Wachstumsförderung und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Danach bilden die Bereiche Forschung und Innovation Schlüsselemente der Strategie „Europa 2020“ zu mehr Wachstum. Weitere Themen waren außerdem die anstehenden internationalen Gipfel, die Situation in Syrien, die Aufnahme Serbiens als Beitrittskandidat sowie die Einigung auf eine zeitliche Perspektive für den Beitritt Rumäniens und Bulgariens zum Schengen-Raum.

#### **II. Themen im Einzelnen**

##### **1. Wirtschaftspolitik**

###### **a) Wachstumsförderung**

Der ER bekräftigte, dass die Antwort auf die Herausforderungen der EU in der Strategie „Europa 2020“ liege. Er ruft die Mitgliedsstaaten (MS) zu einer Konzentration auf die Durchführung entsprechender Reformen auf und billigt insofern ausdrücklich die fünf von der Kommission (KOM) im **Jahreswachstumsbericht für 2012** benannten Prioritäten:

- Inangriffnahme einer differenzierten, wachstumsfreundlichen Haushaltskonsolidierung,
- Wiederherstellung einer normalen Kreditvergabe an die Wirtschaft,
- Förderung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit,
- Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Bewältigung der sozialen Folgen der Krise,
- Modernisierungen der Verwaltungen.

Trotz der weiter voranzutreibenden Haushaltskonsolidierung sollen die MS darauf achten, dass Ausgaben für die Bereiche Bildung, Forschung und Innovation als Investitionen in künftiges Wachstum Vorrang haben. Der ER bittet die MS außerdem,

die jeweiligen nationalen Steuersysteme auf ihre Wirksamkeit und Effizienz zu überprüfen. Er ersucht den Rat und die KOM, konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung von Steuerbetrug und -hinterziehung auszuarbeiten und im Juni 2012 Bericht zu erstatten.

#### **b) Bekämpfung der Arbeitslosigkeit**

Der ER fordert die MS zu entschlossenen Maßnahmen auf, um 2020 eine Beschäftigungsquote von 75 % zu erreichen.

Neben den am 30.01.2012 gegebenen Orientierungen sollen die MS insbesondere

- verstärkt darauf hinwirken, dass es für Arbeitgeber einfacher und attraktiver wird, Mitarbeiter einzustellen,
- mögliche Hindernisse für die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu beseitigen
- und eine aktive Arbeitsmarktpolitik zu betreiben, um insbesondere junge und ältere Menschen sowie Frauen miteinzubeziehen.

Im Rahmen der Reformen betont der ER die große Bedeutung der Sozialpartner und Regionen.

#### **c) Wirtschaftspolitische Maßnahmen auf EU-Ebene**

Der ER betont erneut die große Bedeutung der Vollendung des Binnenmarktes, des digitalen Binnenmarktes (bis 2015) sowie des Energiebinnenmarktes (bis 2014). Darüber hinaus seien weitere Anstrengungen zur Verringerung des Verwaltungsaufwands, insbesondere für KMU, erforderlich. Handelshemmnisse müssten beseitigt werden.

Der ER soll zukünftig darüber wachen, welche Fortschritte von den anderen Ratsformationen bei der Vollendung des Binnenmarkts erzielt werden. Er ruft dazu auf, bis Juni 2012 eine Einigung über die Energieeffizienzrichtlinie sowie Fortschritte bei der Strategie 2050 für eine CO<sub>2</sub>-arme Wirtschaft zu erzielen. Große Bedeutung für das künftige Wachstum misst der ER der Innovation und Forschung bei. Er fordert daher, die Anstrengungen in den entsprechenden Bereichen (z.B. Vollendung des Europäischen Forschungsraums bis 2014, bessere Vermarktung von Forschungsideen) zu verstärken. Die Reform der Finanzmarkt-Regulierung (u.a. Basel III) soll rasch umgesetzt werden. Außerdem seien die Eigenkapitalpositionen der Banken zu stärken.

#### **d) Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (Fiskalpakt)**

Am Rande des ER unterzeichneten außerdem 25 MS (ohne das Vereinigte Königreich und Tschechien) den Fiskalpakt (zum Inhalt siehe Vermerk vom 31.01.2012). Der Fiskalpakt soll am 01.01.2013 in Kraft treten.

#### **e) ESM**

Nachdem Deutschland sich geweigert hatte, über eine Aufstockung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) bereits im Rahmen dieses ER zu verhandeln, einigten sich die Staats- und Regierungschefs der Eurozone ohne ein gesondertes Treffen lediglich auf die Modalitäten, nach denen die Euro-Staaten das ESM-Kapital

bereitzustellen haben. Der ursprüngliche Zeitplan sah vor, dass der ESM 2013 in Kraft treten und sein Kapital in fünf jährlich zu leistenden Tranchen erbracht werden sollte. Bereits im Dezember 2011 hatte der Euro-Gipfel beschlossen, das Inkrafttreten des ESM auf Juli 2012 vorzuziehen. Jetzt einigten sich die Staats- und Regierungschefs der Euro-Zone darauf, dass schon 2012 zwei der insgesamt fünf Tranchen von jedem Vertragsstaat bereitzustellen sind. Bis Ende des Monats soll außerdem festgelegt werden, wann die restlichen Tranchen zu zahlen sind und eine Ausweitung der EFSF und des ESM geprüft werden. Einer derartigen Aufstockung steht die Bundesregierung bisher kritisch gegenüber.

## 2. Weitere Themen

Außerdem legte der ER die gemeinsamen Ziele für die **anstehenden internationalen Gipfeltreffen** (G20, G8 und Rio+20-Konferenz) fest. Er rief die Finanzminister der G20 auf, möglichst bis April 2012 eine Einigung über die Aufstockung der Finanzmittel des IWF zu erarbeiten und wies darauf hin, dass die Euro-Staaten bereits zugesagt haben, 150 Mrd. Euro zur Verfügung zu stellen.

Bezüglich **Syrien** spricht sich der ER für eine Verstärkung des Drucks auf die syrische Regierung aus und fordert u.a. ein sofortiges Ende der Gewalttätigkeiten, den Rücktritt von Präsident Assad und den ungehinderten Zugang von humanitären Organisationen zu den umkämpften Gebieten.

Zudem verabschiedete der ER Schlussfolgerungen zur Südlichen Nachbarschaft, Somalia, Weißrussland und zur Östlichen Partnerschaft.

Er vereinbarte, **Serbien** den Status eines Bewerberlands zu verleihen (Einwände Rumäniens konnten bereits im Vorfeld ausgeräumt werden) und forderte den Rat für Inneres und Justiz auf, im September 2012 über einen Beitritt von Rumänien und Bulgarien zum **Schengen-Raum** zu entscheiden.

Außerdem wurde **Herman Von Rompuy** für die Zeit vom 01.06.2012 bis zum 30.11.2014 zum Präsidenten des ER wiedergewählt und zum Präsidenten des Euro-Gipfels ernannt.

## 3. Kritische Einordnung

In der Einordnung des ER wird vielfach bemängelt, dass der Übergang zur Normalität zu früh erfolge, obwohl verständlich sei, dass die Staats- und Regierungschefs ein derartiges Signal der Beruhigung aussenden möchten. Allerdings seien Griechenlands Probleme noch längst nicht gelöst; andere Staaten könnten im Zuge der Rezession ebenfalls in große Schwierigkeiten geraten (Spanien, Portugal).

Aufgrund der sehr unterschiedlichen Verhältnisse innerhalb der einzelnen MS seien die vom ER benannten Maßnahmen außerdem zu allgemein. Griechenland, aber auch Spanien und Portugal könnten nicht aus eigener Kraft mehr Wachstum schaffen. Insbesondere für die Krisenstaaten seien daher länderspezifische Konzepte erforderlich.